

# Haube-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Haube-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.50 Goldmark, durch Anzeigenstellen ohne Belegpreis 1.40 Goldmark, durch die Post 1.55 Goldmark u. 40 Goldpfennig Zustufungszuschlag. Ein Jahr durch Anzeigen-Rabatte: zehn Wochentage Die Anzeigen werden nach Rubrik-Preisen berechnet, die Seite 0.21 Goldmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Verlaufe in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsort: Halle, Markt 17. Druck-Verlag: C. G. Reichenow & Co. Halle. Post-Verlag: Danneberg & Co. Halle. Post-Bezugs: Danneberg & Co. Halle. Post-Bezugs: Danneberg & Co. Halle. Post-Bezugs: Danneberg & Co. Halle.

# Die deutsche Antwort auf die Räumungsnote.

## Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Dr. Houghthon, der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin, verabschiedete sich am Montag im Berliner Amerika-Klubhaus nach ihm zu Ehren eine Festsitzung statt, an der zahlreiche deutsche Regierungsvertreter, darunter der neuernannte deutsche Botschafter in Amerika, Freiherr v. Malsahn, teilnahmen. Dr. Houghthon übernimmt den Posten des Botschafters in London.

In Darmstadt wurde gestern die Schulungswoche des deutschen Frauenauschusses zur Befähigung der Schuldigen unter dem Vorsitz der Reichstagsabgeordneten Frau Clara Wende eröffnet. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der verschiedenen Frauenorganisationen und der Reichszentrale für Heimdienst teil.

In der Lohnbewegung der Hamburger Hafenarbeiter ist gestern ein Schlichtungsbeschluss gefasst worden, der eine Erhöhung des Schlichtungs von 6 auf 6,30 M. vorsieht. Die Hafenarbeiter hatten einen Schlichtungs von 7,20 M. gefordert. Die Erklärungsfrist läuft am 31. d. M. ab.

Die Firma Krupp hatte von der argentinischen Regierung einen großen Auftrag zur Lieferung von Kesseln für argentinische Torpedoboote erhalten, die als Ersatz für die von der Germaniamerik gebauten bisherigen und inzwischen ergänzungsbedürftig gewordenen dienen sollten. Die Botschafterkonferenz hat die Lieferung unterlag, weil die Kessel Kriegsmaterial seien, trotzdem sollte Kessel nicht auf der ganz detaillierten Liste der verbotenen Materialien stehen.

So misstrauisch England den Verfall der Wertung auch im Kleinen, um seiner eigenen Industrie Aufträge zuzuführen.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wurden gestern in fünf Prozessen gegen Mitglieder des Politischen Verbandes der jüdischen Unabhängigen wegen Vorbereitung des Verstoßens des Reichspräsidenten die fünf Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu 1 Jahr 6 Monaten verurteilt.

Die „Germania“, das offizielle Zentrumsmagazin, teilt mit, daß die Vorbereitungen für die Herausgabe einer evangelischen Zentrumzeitung getroffen worden sind.

Wie „Etoile Belge“ aus Brüssel meldet, hat man in den Regierungskreisen den Eindruck, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen über einen Neubescheid in den Handelsbeziehungen zum Erfolg kommen werden.

Die französische Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen hat der deutschen Delegation ein umfangreiches Schriftstück überreicht, das die Antwort auf die Rückfragen enthält, die die deutsche Delegation am 23. Januar zur Ergänzung der französischen Vorschläge vom 16. und 17. Jan. gestellt hatte. Die deutsche Delegation ist sofort zum Studium der französischen Antwort zusammengetreten.

## Die Alliierten werden schwerlich etwas zu antworten wissen!

Die Note der Reichsregierung auf die Kollektivnote in der Räumungsfrage ist gestern vormittag den alliierten Botschaftern übergeben worden. Sie lautet:

„Herr Botschafter!

Zu dem Herrn Reichsanwalt am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einseitig nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlande mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschließen die bereits in ihrer ersten Note angeführte Mitteilung derjenigen Punkte, von denen überzeugung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, was bei sie, ebenso wie früher, möglichste Befriedigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verneinung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrags entgegenzusetzen und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlande nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Vertiefung

so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit nicht immer in Kenntnis des Tauschmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefassten Beschlus begründen wollen.

Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Re-

gierungen zögen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und ziehen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verleumdung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlande am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Forderung der völligen Entwaflung Deutschlands ist zu offensichtlich, als daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsgemäßen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten.

Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterbiss zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene stufenweise Räumung eine von ihrer Entziehung abhängige Verpflichtung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestaltet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Volkes und seiner Bevölkerung im ungewissen läßt, für unbestimmte Zeit zu verlängern.

Die deutsche Regierung erachtet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angelegentlichsten Materials nunmehr abschick folgen lassen und so die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konflikts schaffen.

Genehmigen Sie usw.“

## Vor Regelung der Aufwertungsfrage.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages gab der Reichsjustizminister Frentzen folgende programmatische Erklärung ab:

Alsobald nach Beendigung der dritten Steuernotverordnung hat das Reichsgericht ihre Rechtsgültigkeit ausdrücklich festgestellt. Gleichwohl wurde die Verordnung vielfach als ungültig bezeichnet und mehrfach sind die Gerichte über die Entscheidung des Reichsgerichts hinweggegangen. Auch durch öffentliche Ausdeutungen angelegener, zum Teil dem Reichsgericht angehöriger Persönlichkeiten, die für die Ungültigkeit eintraten, wurden Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Aufwertungsordnungen wachgerufen. Ferner haben in neuerer Zeit das Reichsgericht und das preussische Kammergericht sich an dem Standpunkt gehalten, daß die Ermächtigung des § 64 der dritten Steuernotverordnung für einzelne Durchführungsbestimmungen der Reichsregierung keine ausreichende Rechtsgrundlagen bilde.

Siermit war eine nahezu völlige Rechtsunsicherheit eingetreten, die schwere wirtschaftliche Gefahren heraufbeschwör.

Deshalb empfahl die Reichsregierung dem Reichspräsidenten, durch eine auf Grund des Artikels 48 der Verfassung zu erlassende Verordnung die dritte Steuernotverordnung auf eine neue zweifelsfreie Rechtsgrundlage zu stellen, um wenigstens einen einseitigen Rechtszustand zu sichern. Da in der Öffentlichkeit hiergegen erheblichen Rechtsbedenken teilt die Reichsregierung nicht.

Die Verordnung vom 4. Dezember ist auch nur zur einstweiligen Regelung der Aufwertung bestimmt.

Die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems kann nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden. Eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der dritten Steuernotverordnung ist in Vorbereitung. Die Reichsregierung kann die Einbringung für nahe Zeit in Aussicht stellen.

Reichsfinanzminister von Schlieben betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wirtschaft in der Folge von Finanzstörungen durch die Aufwertungsfrage verschont bleibe. Dabei müsse auch der sozialen Gerechtigkeit Genüge geschehen. Ihre Grenzen fände diese jedoch an dem Wohl der Gesamtwirtschaft, das den Interessen des einzelnen vorangehe. Aber es werde und müsse ein Mittelweg gefunden werden.

Bei den öffentlichen Anlässen denke er sich die Aufwertung so, daß mit in erster Reihe diejenigen herabgesetzt würden, die in der Zeit der Not mit ihrem Geld den Staat unterstützt hätten, und unter diesen müßten wiederum die Bedürftigen bevorzugt behandelt werden.

Große Schwierigkeiten bereite die Unterzeichnung zwischen alt und neuernormtem Anleihebonds. Er hoffe aber, jetzt einen Weg gefunden zu haben, der für die Banten gangbar wäre. Er hoffe bestimmt, daß die Banten an der vorgeschlagenen Art der Regelung mit allen Kräften mitwirken und auch Willen und Laufen nicht scheuen werden. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß die Spekulation sich auf Kosten der schwergeschädigten Anleihebesitzer betriebe.

Nach eingehender Aussprache, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten, wurde auf

## Entschließung

angenommen, deren zweiter Punkt auf Grund einer Erklärung des Reichsfinanzministers, nach einer Woche einen neuen Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage im Reichstag vorzulegen, verlangt. Die Verhandlungen des Aufwertungsausschusses auf eine Woche zu vertagen.

Die Entschließung enthält im Punkt 1 die Reichsregierung, sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den vorgeschrieben wird, daß die neue Aufwertungsstellen und ordentlichen Gerichten abhängigen Verfahren über Aufwertungsentscheidungen, bei denen eine Entscheidung auf Grund der dritten Steuernotverordnung, ihrer Durchführungsvorordnungen und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924 getroffen werden muß, auf Antrag eines Beteiligten bis zur gesetzlichen Neuregelung der Aufwertung ausgesetzt werden.

Die Vertreter der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei im Ausschuss protestierten gegen diese Abstimmung, da nach ihrer Meinung der Gang der Abstimmung gefahrlos nur ausnahmsweise angenommen sei. Sie erklärten, daß sie sich alles weitere vorbehalten müßten, und daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen hätten.

Auf Anfrage des Reichsfinanzministers erklärte Abg. Berg (Natl.), dessen Entschließung im Ausschuss angenommen wurde, daß durch diese Entschließung der künftigen materiellen Regelung der Aufwertungsfrage nicht vorgegriffen werden soll.

## Aufwertung von Lebensversicherungen

Von berufener Seite wird uns geschrieben: Ueber die Aufwertung von Lebensversicherungsanträgen sind in letzter Zeit vielfach unrichtige Nachrichten durch die Tagespresse gegangen, indem unzutreffendweise behauptet wurde, daß die Versicherten diesbezügliche Anmeldeansprüche bei den Lebensversicherungs-Gesellschaften tätigen müßten. Wir machen dagegen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine derartige Anmeldung bei den einzelnen Lebensversicherungs-Gesellschaften unnötig ist, und das Aufwertungsverfahren sich vielmehr ohne jedes Zutun der Versicherten automatisch abwickelt.

Nachdem durch die dritte Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 auch die alten Lebensversicherungen der Aufwertung unterliegen, ist durch eine Ausführungsverordnung vom 28. August 1924 bestimmt worden, daß das aufgewertete Vermögen der Lebensversicherungsunternehmen einem von der Aufsichtsbehörde zu bezeichnenden Treuhänder als Aufwertungskasse überhoben wird. Der Treuhänder hat diesen zu verwalten und den Verteilungsplan zu entwerfen, aus dem sich die auf die einzelnen Versicherten entfallenden Aufwertungsanteile ergeben müssen. Nachdem der Verteilungsplan durch die Aufsichtsbehörde genehmigt ist, stellt der Treuhänder den Aufwertungskassen der Gesellschaft wieder zur Verfügung, welche alsdann das Weitere zu veranlassen hat.

Nachdem das Aufwertungsverfahren durch eine grundlegende Verbesserung des Aufsichtsgesetzes mit den einzelnen Treuhändern eingeleitet worden ist, muß die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Wir machen jedoch schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Aufwertung bei den einzelnen Gesellschaften je nach der Art ihrer Vermögensanlagen sehr verschiedene Ergebnisse anlangen wird. Da einzelne dieser Vermögensanlagen, wie Staatsanleihen und Gemeindeanleihen, vorläufig der Aufwertung nicht unterliegen, dürfte es gut sein, um sich vor späteren Enttäuschungen zu bewahren, den Aufwertung von Lebensversicherungen nur mit geringen Erwartungen entgegen zu sehen. Wenn also auch eine Anmeldung der aufzuwertenden Ansprüche nicht erforderlich ist, empfiehlt es sich aber, falls von einer Gesellschaft eine nicht aufgewertete Versicherungsleistung angeboten werden sollte, durch eine ausdrückliche Verwahrung dagegen dem Versicherten

hafte eines Kartierungsprüfung vorzunehmen.  
Eine Anzahlung der aufgemerteten Kapitale kann, soweit bisher bestimmt, nicht vor dem 1. Januar 1932 gefordert werden.

## Das Zentrum gegen eine bürgerliche Regierung in Preußen.

Zu der Frage der Regierungsbildung in Preußen nimmt die „Germania“, das offizielle Zentrumorgan, in einem Beilagsartikel Stellung. Das Blatt erklärt, daß für das preußische Zentrum allein die Schlichtheit und die staatsbürgerliche Einhaltung maßgebend bleiben. Der Artikel wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Haltung der Reichspresse, vor allem gegen die Beschönigungen einer Landtagsauswahl und erklärt, daß eine solche Lösung der Zentrumspartei nur angenehm sein könnte.

Schließlich wird gesagt, daß das Zentrum nicht müde werden lasse und daß die Zentrumspartei das Experiment bisher, insbesondere nach der am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Aussprache mit dem Parteivorstand in Lande nicht wiederholen werde.

Der Vorstand der Deutschnationalen preussischen Landtagsfraktion führte am Dienstag die Besprechungen über Neubildung der Regierung fort und legte das Verlangen der Fraktion für die Beseitigung am Freitag fest.

## Straßentkampf zwischen Reichsbanner und Kommunisten.

Protest der Sozialisten gegen Dr. Luther-Jahreshefte Verlesung.

Die Berliner Sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in der Berliner Sportschule eine Kundgebung für die Republik.

Der Berliner Parteivorstandende Bartsch und Reichstagspräsident Lohbe sprachen über die innere Politik. Ihre Ausführungen gelaufen sich zu einer Kampfschlange der Sozialdemokratie gegen das Reichsbanner. Ueber außerordentliche Fragen sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Breitsch.

Während einer Pause kam es zwischen anwesenden Kommunisten und Reichsbannerleuten zu Zusammenstößen. Die größeren Umfänge anwesenden Dr. Lohbe die Kommunisten hart angriff. Zum Schluss sprach noch Crippin und Müller-Franken und der preußische Ministerpräsident Braun, der die Arbeiter aufzuforderte, Republik und Demokratie zu schützen.

Nach der Kundgebung kam es in der Potsdamer Straße zu schweren Zusammenstößen der Sozialdemokraten und Kommunisten. In deren Verlauf es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Erst durch Abteilungen der Schutzpolizei vermied man längeren Verhörungen die Straße zu säubern und den völlig unterbrochenen Verkehr wiederherzustellen.

In der ersten Abendstunde wurde in der Lindenstraße in der Nähe des „Vorwärts“-Gebäudes ein von der Kundgebung kommender, etwa 100 Mann starker Zug des Reichsbanners von einem etwa 300 Mann starken Kommunistenrump überfallen. Es entspann sich in der Dunkelheit ein heftiger Kampf, bei dem es gleichfalls auf beiden Seiten Verletzte gab.

Zehn bis zwölf Reichsbannerleute, die Schlag- und Stichwunden erhalten hatten, mußten zur nächsten Rettungsstelle transportiert werden.

## 25 Bräute.

Ein Schwesternpaar von Wilhelm Herberich.  
25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Über nicht immer lächelnd Fortuna selbst über erkläre ich dir.“  
„Raum waren sie zueinander Meter dem Grillparzer weg in Mauthausen, da fräule die Stadt hinter ihnen verdrängt von raschen, zähen Schritten.“

Ein Bild — ein Schrei Maria — und Frau Maria in Firma Wuppe stand erblüht, einleuchtend vor ihnen.

„Mutter!“ rief sie und gab ihrer Tochter einen dremenden Kuss auf die Wangen, daß Maria heulend lach und Lull versag und dann schlief.“

„Was soll das?“ rief die Mutter dann mit blühenden Augen. „Sie Schindler — mich mit meinem eigenen Kinde zu betrogen!“

„Weil dachte ich, daß ihr zwar das Feuer gut anlebe, aber eine Zeitlang mit ihr doch sehr, sehr mühsam war.“

„Dabei leiste ich die linke Hand mit napoleonischer Gelassenheit in dem Westenaustritt, und sagte weiterleuchtend die Augenbrauen und legte dann leicht gemessen: „Das alles ist bei mir.“

„Sie kuckte. „Was für ein Dant?“

„Mein Dant? Wofür denn?“

„Sie wollten heute von mir wissen, wann wir uns heiraten könnten.“

„Dant! Sie es nicht, rief sie lächelnd, aber nach ja, daß man es nicht unbedingt zu glauben braucht.“

„Er blieb unerklärlich ruhig.“

„Sie wollten heute von mir wissen, wann wir uns heiraten könnten.“

## Für und gegen das Opiumgeschäft.

Bekanntlich ist der Opiumhandel schon lange eine etwas peinliche Angelegenheit. Mit dieser berauhenden Droge wird außerordentlich viel Geld verdient, auch ist sie wunderbar geeignet, ähnlich wie das „Fenermales“, gelinde Mittel moralisch und körperlich zu ruinieren und für die Eroberungspläne der weißen Rasse sülamer zu machen. Freilich, dem Alkohol, der den Widerstand der Kothäute Nord- und Südamerikas besiegen half, ist das Opium nicht ganz ebenbürtig. Er wirkt zwar noch gründlicher, aber es ist nicht so leicht, ganze Völker daran zu gewöhnen. Immerhin, auch für diesen eben Zweck ist es nicht über und es bringt, wie gesagt, viel Geld ein.

Aber von Zeit zu Zeit bekommt die weiße Menschheit Gemütsregungen, und dann wird von Abschaffung der gemeinen Mißstände gesprochen. Trifft das Gesellschaftsinteresse mit Begeisterung der Mißstände zusammen wie z. B. bei Abschaffung der Negerkaferei im vergangenen Jahrhundert (die amerikanischen Neger-Elaven waren eine zu billige Konturen für die weiße Arbeit), dann hat die Bemühung Erfolg und die „Moral“ feiert Triumphe. Auf dieserlei hat man bisher noch keinen überzeugenden geschäftlichen Vorteil bei Abschaffung des Opiumhandels finden können, und so haben die bisherigen Opiumkonferenzen nie rechten Erfolg haben können.

Zur Zeit wird in Genf wieder einmal über Opium getagt. Der Amerikaner, der an dem Geschäft bisher keinen Anteil hat, vertritt die Moral, ist für völlige Beseitigung des Opiumhandels. Er hat daran auch insofern ein besonderes praktisches Interesse, als das Opium in gewisser Weise ein Ersatz für den Alkohol ist, und als die Leiter des amerikanischen Volkes das praktisch nur für die Unbemittel-

ten geltende und auch nur gegen sie wegen der Gefahr von Exzessen gerichtete Alkoholverbot umwirksam oder weniger wirksam werden lassen, wenn sie die Möglichkeit besitzen, sich durch den Opium in Amerika allerlei des Alkohols tritt. Also muß das Opium, Erzeugung und Handel, verschwinden.

Für die Engländer vor allem ist aber das Opium als Geschäft usw. sehr willkommen. Deshalb liegt dort das Opium — einflussreich mitdankens — über die Moral. Und deshalb stoßen in Genf jetzt diese Gegenläge aufeinander.

Am letzten Donnerstag war die zweite Sitzung der Opiumkonferenz in eine neue erregte Strie getreten. Die Gegenläge zwischen den Amerikanern, die eine volle Prüfung ihrer Vorläge wünschen, und den Engländern, die von einer Anzahl von Delegierten unterstützt, die Konferenz als unzulässig hierfür erklären, hatten sich derart zugespitzt, daß man mehr an eine Lösung glaubte. Eine solche wurde schließlich durch die Annahme eines zweijährigen Vertrags gefunden, nach dem die Konferenz bis zum Sonnabend vertagt werden sollte um die Möglichkeit zu haben, eine Einigungsstunde zu finden.

Auch der amerikanische Delegierte stimmte dem Antrage zu, wobei er nachdrücklich erklärte, die amerikanischen Delegierten forderten eine gründliche Prüfung ihrer Vorläge mit einer Annahme oder offenen Ablehnung. Auf jeden Fall würden sie nie ihre Unterstützung einem Abkommen setzen, das nicht den Opiumhandel endlich beseitigt. Ein solches Abkommen würde außerdem der amerikanischen Genat niemals ratifizieren.

Auch in den weiteren Verhandlungen ist man nicht zu einer Einigung gekommen. Durch Einlegung einer Zwischenkommission hat man das Scheitern der ganzen Konferenz einmischen vergrößert.

## Ein Sozialistenandal in Italien.

„Popolo d'Italia“ beschuldigt den „Avanti“, daß er zuerst der beginnenden Wertempörung im Jahre 1921 große Spekulationen in deutscher Wert gemacht habe, dabei mit 600 000 Lire bereinigt sei und dadurch das Protektorat gebietet habe. Ferner habe sich der „Avanti“ aus Gaben, die für wirtschaftliche Zwecke bestimmt waren, 250 000 Lire vorstrecken lassen und sie niemals zurückgezahlt. Endlich habe der „Avanti“ von einem Komitee für den Neubau eines großen Volkshauses 100 000 Lire entzogen.

## Italien denkt nicht an Abrechnung.

Der italienische Senatsauschuss hat die Entwürfe betreffend die Heeres-Reorganisation in Beratung genommen. General Giardino erstattete den Bericht, der mehrere Abänderungsanträge enthält. Wichtigkeit ist es wegen der Erziehung von Kadern, die erst im Mobilisationsfall aufzufüllen werden, und deren Friedensstand nur durch Offiziere händlich gebildet würde.

Diese aus Erklärungsstunden geplante Maßnahme wurde in einer Abstimmung des Senatsauschusses mit 10 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Nach einer Meldung der Ruffischen Telegramm-Agentur wird im Volkskomitee für Finanzen ein neues Gesetzentwurf für die Ermöglichung der landwirtschaftlichen Steuern vorliegt und die Kleinbauern günstig von Steuern befreit.

Die Sowjetmänner scheinen also doch Angst vor den erbitterten Steuerprotesten der Bauern zu haben. Aber möge die Staatsmaschine nahmen, wenn nicht von den 80 Proz. der Bevölkerung ausmachenden Bauern?

## Der Rückgang der Sozialdemokratie.

Verbreitung des Sozialismus und Bekämpfung. „Empörung, Enttäuschung und Erbitterung“ sollen die Einträge sein, mit denen die deutsche Arbeiterfront der neuen Regierung gegenübertritt. So behauptet der „Vorwärts“, daß die „Rote Fahne“ rief zu Demonstrationen auf.

Aber die Ertraben des „Vorwärts“ imponieren nicht, und die Aufforderungen der „Roten Fahne“ scheitern nicht. Wir wissen, sie heißen beide auf Grant. Vor einiger Zeit hat der „Vorwärts“ die Organisationszahlen der Sozialdemokratie veröffentlicht. Eine Partei von 380 000 hat er gemeldet. Obwohl ich das an sich eine rechtliche Zahl, aber wenn man die verlegenen Antifaktualien, die vielen Tausende der — gefundene ausgedrückt — „problematikischen“ Naturen“ aus allerlei Ständen und allerlei Volk abzieht, dann wird wohl die sozialdemokratische Arbeiterarmee auf eine halbe Million Köpfe zusammenschumpfen.

Vor dem Kriege war die Sozialdemokratie im Hinblick auf ihre Organisationsstärke viel

größer als heute; denn 1913 verfügte man sich, daß die Sozialdemokratie 1 500 000 eingetragene Mitglieder hätte. Sie hat sich also in der Zeit ihrer glorieichen Vorherrschaft im deutschen Volke ein gutes Stück nach rückwärts bewegt. Genau so wie bei den Sozialisten, von denen die erste Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ schreibt, daß die sozialdemokratische Stimmzahl von 1 826 000 im Jahre 1919 auf 8 979 000 im Jahre 1924 zurückgegangen ist.

Von der heutigen Bedeutung der Sozialdemokratie aber schreibt der sozialistische „Zion“ mit bemerkenswerter Offenheit: „Die Sozialdemokratie spielt nach Lage der Dinge keine ausschlaggebende Rolle, man sieht nicht auf sie angewiesen, alles kann auch ohne sie gemacht werden.“

## Sogar Amerika muß sparen.

Vor dem Sparsaßung legte Coolidge Coolidge mit Nachdruck dar, daß Sparsamkeit geübt werden müsse, um weitere Steuererhebungen durchzuführen. Er hoffte, daß die Ausgaben der Regierung im Jahre 1925 drei Milliarden Dollar nicht übersteigen würden, was gegenüber dem Veranschlagt eine Herabsetzung um 62 Millionen Dollar bedeuete.

Präsident Coolidge machte den Vorschlag, die Zahl der Beamten zu verringern und gab der Erwartung Ausdruck, daß sich die Gehaltsliste verkürzen werde. Die vermehrten Einnahmen dürften jedoch nicht durch ungerichtete Vermehrung der Ausgaben der Bundesregierung wieder aufgefangen werden.

Selbst Amerika, das im Golde schwimmt und ziemlich genau 10mal so reich ist als wir, hält es für notwendig, die Staatsausgaben herabzusetzen! Das sollte uns mit unserm 6-Milliardenreichstum, der angelegten eines Gemeinwohlens untern Volkens von etwa 20-25 Millionen einisch eine Ungleichheit ist, zumal die Etats der Länder und Selbstverwaltungskörper noch in Aufnahme, doch sehr ernsthaft zu denken geben. Aber mit dem Denken allein ist es nicht getan. Wenn wir zu gelunden Wirtschaftsverhältnissen und zu erträglichen Steuerhältnissen kommen wollen, muß ein radikales Überprüfen der Staatsausgaben ins Leben. Denn diese übermäßigen Staatsausgaben sind es, die uns das Leben am schmerzlichen deulieren, die die Konsumkraft des unferen Vrengnisses auf dem Weltmarkt beschränken und das anfallsbare Ausmaßbedeutet auf der einen, die Arbeitslosigkeit und die niedrigen Reallohne und Anreizlosigkeit auf der anderen Seite herbeiführen.

Also machen wir es wie die praktischen Amerikaner und legen wir den Hebel ein, wo es am notwendigsten ist. Und haben wir felt an Dr. Luther, er ist der Mann dazu, die Sparsamkeiten in isralen Weise durchzuführen, die hier durch immer wachsende Notlage und durch die Unmöglichkeit der Erfüllung des Londoner Abkommens uns von den offiziellen Kommissaren und von den ausländischen Importeuren, die nicht euf auf Sorg liefern können, aufzungen werden und dem Dals über Kopf ohne jede Möglichkeit sozialer Rücksichtnahme kommen.

Aus Sanghai wird gemeldet, daß bei 117 der Kampf nicht angenommen worden sei. Diese Stadt ist am 26. Januar von Yu Jung Chang eingenommen worden. Auch die Stadt Kiang Lin sei in die Hand von Yu Jung Chang gefallen. Nach den letzten Meldungen soll er einen vollständigen Sieg über Shi erlangen haben, dessen Truppen in voller Flucht nach Sanghai flücht.

„Da sehen Sie, was sie für ein ungezogener Frau ist!“ triumphierte Frau Wuppe, halb mit ihm verflochten.

„Schandliche Krotobild!“ dachte Maria, daß sie erst gesehen in den „Müdem“ gelesen hatte. „Ich werde auch einen Strich durch die Rechnung machen.“

Ihr selb! Otto ein, der Gymnasialist, der ihr schon wiederholt verprochen hatte, für sie leben bellenigen Fitzten mitten aus dem donnernden Schwarm der Sonnen herauszufinden. Riefelich würde er mit ihr entfliehen — best, weit von hier — auf eine ferne Insel, wo niemand sie kannte, wo kein Blatt rauschte und keine Welle laut von dem ungeheuren Berbrechen, das hier an ihr geschehen war.

Stumm und trogig ging sie neben seinen her, während weit so vernünftig und würdevoll in sie hineinbelegte, daß Frau Wuppe allmählich ihren Verdracht aufgab, und ihm heimlich Abbitte leistete.

Maria hörte nicht mehr auf seine Worte und überlegte, wie sie bis über ihr am Gymnasium sein und Otto abfangen könnte. Es schien ihr dazu am geratensten, mit den Wölfen zu heulen und die folgende Tochter zu heulen.

„Bereibe, Mutter!“ sagte sie daher plötzlich mit schneidender Stimme. „Bereibe sie, mein Herr!“ Und machte dazu einen tabellösen Oberkörperstreckung.

„Du du Quersack!“ dachte Wuffhina. „Sie sehen, was für ein gutes Bild sie ist.“, sagte er laut zu Frau Maria, die der Wandlung aber noch nicht ganz traut, aber doch darüber erfreut war, und beschloß, das Essen zu kochen, solange es warm schien.

(Fortsetzung folgt.)